

Stadtverwaltung Tübingen

09.06.21

Drei interfraktionelle Anträge zur Thematik:

Artenschutz und Förderung der Biodiversität in Tübingen voranbringen

I. Die Stadt Tübingen tritt noch 2021 dem Bündnis ‚Kommunen für biologische Vielfalt‘ bei.

II. Eine Vertretung des Bündnisses der hiesigen Gruppen aus dem Umwelt- und Naturschutz zur Förderung der Biodiversität wird als zusätzliches beratendes Mitglied für den Planungsausschuss bestellt.

Begründung:

zu I und II: Neben der durch den Beitritt zum Bündnis deutlich werdenden Selbstverpflichtung der Stadt, mehr für die Biodiversität tun zu wollen, kann Tübingen in diesem Bereich durchaus von anderen Kommunen lernen und sollte die sich aus dem Beitritt zum Bündnis bietenden Möglichkeiten der Vernetzung nutzen. – Da die Kommunen in diesem Feld viele eigene Handlungsmöglichkeiten besitzen, sollten Verwaltung und Gemeinderat die Expertise dieses Kreises von sachkundigen Bürger*innen bei ihren Entscheidungen im **Planungsausschuss** in Anspruch nehmen, so wie Tübingen es in anderen Politikfeldern bereits seit vielen Jahren tut bzw. in jüngster Zeit auch für den Klimaschutzsausschuss analog beschlossen hat.

Für die Fraktion AL/Grüne: Susanne Bächer

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack

Für die Fraktion Tübinger Liste: Reinhard von Brunn

Für die CDU-Fraktion: Rudi Hurlebaus

Für die FRAKTION: David Hildner

III. Die Verwaltung stellt in einem umfassenden Bericht dar:

- 1) **welche Aufgaben** im Zusammenhang mit den Themen Artenschutz und Erhalt und Förderung von Biodiversität im kommunalen Bereich **wo** (d.h. in welchem Fachbereich, in welcher Fachabteilung oder bei den Kommunalen Servicebetrieben) **angesiedelt sind bzw. wer konkret welche Aufgaben zu erfüllen hat**. Konkrete Aspekte sind dabei u.a.: „Masterplan Grün“, Gestaltung und Bewirtschaftung kommunaler Flächen einschl. der Grünpflege, Baumschutzsatzung, Ausgleichsmaßnahmen, Ökokonto ...
- 2) wie die verschiedenen Abteilungen bzw. Verantwortlichen miteinander vernetzt sind und/oder sich bei der Definition bzw. der Umsetzung von Zielen absprechen
- 3) wie die Vernetzung mit anderen Behörden und Einrichtungen (Landkreis, RP) funktioniert
- 4) wie sich die Zusammenarbeit mit den in diesem Feld tätigen Gruppen aus dem Bereich des Umwelt- und Naturschutzes gestaltet
- 5) wie in diesem Zusammenhang die interkommunale Zusammenarbeit funktioniert,
- 6) wie die Probleme von Umsetzung und Kontrolle in Angelegenheiten des Natur- und Artenschutzes im Innen- und Außenbereich sowie im Bereich des Baurechts gelöst werden sollen
- 7) welcher Veränderungsbedarf sich aus Sicht der Verwaltung ergibt, um der grundlegenden Verpflichtung zum Erhalt der biologischen Vielfalt in unserer Stadt (noch) besser gerecht zu werden.

Dieser Bericht wird in einem ersten Schritt in einem öffentlichen Hearing mit den in diesem Bereich tätigen Gruppen, gfls. auch Einzelpersonen, sowie Interessierten aus den Reihen der Fraktionen **vorge stellt und diskutiert.**

Begründung zu III:

Vertreter*innen des Gemeinderats haben sich in diesem Jahr schon zweimal über den Forderungskatalog der in einem lokalen Bündnis zur Förderung der Biodiversität zusammengeschlossen Gruppen aus dem Umwelt- und Naturschutz ausgetauscht. Ein zentrales Anliegen dieser Gruppen ist die Schaffung einer Stabsstelle „Naturschutz und Artenvielfalt“ bei der Stadtverwaltung. Bevor über diese Forderung überhaupt sinnvoll diskutiert werden kann, brauchen alle Beteiligten zunächst einen vertieften Einblick in die organisatorische und aufgabentechnische Aufteilung bzw. Verantwortung für dieses Thema bei der Stadt insgesamt. Erst danach kann über eventuelle Veränderungen in der Zuordnung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten beraten und Beschluss gefasst werden.

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack

Für die CDU-Fraktion: Rudi Hurlebaus

Für die FRAKTION: David Hildner